



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Ulrich Siegmund (AfD)

### **Tierheim Gardelegen**

Kleine Anfrage - KA 7/1399

#### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Am 12. Januar 2018 berichtete die Volksstimme unter dem Artikel „Alles bei Null“, dass trotz der Neuwahl eines neuen Vorstandes ohne den Beschuldigten ehemaligen Vorsitzenden und der Rückziehung beider Einsprüche durch das Tierheim Gardelegen e. V. weiterhin das Veterinäramt dem Verein keine erneute Erlaubnis erteilt hat.

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie**

- 1. In welcher Höhe werden die jeweiligen Tierheime (alle) in den Landkreisen Stendal und Altmarkkreis Salzwedel durch die jeweiligen Gemeinden bezuschusst?**
- 2. Auf welcher Grundlage basieren diese Zahlen?**  
  
Eine tabellarische Zusammenfassung der Fragen 1 und 2 ist in der Anlage 1 zu finden.
- 3. Gibt es einen ordentlichen Urteilsspruch durch das Veterinäramt, welches die Entziehung der Betriebserlaubnis in Gardelegen rechtfertigt?**

**Hinweis:** Der Bitte der Landesregierung entsprechend wurden die personenbezogener Daten in der Drucksache geschwärzt. Dem Fragestellenden sind die Namen bekannt.

*Die Drucksache steht vollständig digital im Internet/Intranet zur Verfügung. Die Anlage ist in Word als Objekt beigefügt und öffnet durch Doppelklick den Acrobat Reader. Bei Bedarf kann Einsichtnahme in der Bibliothek des Landtages von Sachsen-Anhalt erfolgen oder die gedruckte Form abgefordert werden.*

(Ausgegeben am 20.03.2018)

Der Altmarkkreis Salzwedel hat mit Schreiben vom 29. August 2017 einen Widerruf der Erlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz vom 12. Juni 2017 für den Tierschutzverein Gardelegen/Klötze e. V. angeordnet. Inhaltlich wurde dem Tierschutzverein Gardelegen/Klötze e. V. mit der Bekanntgabe des Bescheides die Erlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz vom 12. Juni 2017 widerrufen und die Schließung der Betriebs- und Geschäftsräume bis zum 8. September 2017 angeordnet. Weiterhin wurde angeordnet, den Tierbestand bis zum 31. Oktober 2017 aufzulösen und den Nachweis über den Verbleib der Tiere dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt schriftlich vorzulegen.

Gegen das o. g. Schreiben ist der Tierschutzverein Gardelegen/Klötze e. V. mit Schreiben vom 27. September 2017 schriftlich in Widerspruch gegangen und hat beim Verwaltungsgericht Magdeburg am 26. Oktober 2017 einen Eilantrag auf aufschiebende Wirkung des Widerspruchs vom 27. September 2017 gegen den Bescheid vom 29. August 2017 eingereicht. Beim Verwaltungsgericht Magdeburg wird dieser Vorgang unter dem Aktenzeichen 1 B 634/17 MD geführt.

Mit Schreiben des Verwaltungsgerichtes Magdeburg vom 11. Dezember 2017 wurde dem Altmarkkreis Salzwedel mitgeteilt, dass der bevollmächtigte Rechtsanwalt des Tierschutzvereines Gardelegen/Klötze e. V., ....., den Widerruf und den Eilantrag auf aufschiebende Wirkung des Widerspruchs zurückgenommen hat. Der Rechtsanwalt nahm gegenüber dem Altmarkkreis Salzwedel mit Schreiben vom 18. Dezember 2017 den Widerspruch gegen den Bescheid vom 29. August 2017 zurück.

Im Fazit hat der Bescheid des Altmarkkreises Salzwedel vom 29. August 2017 mit Widerruf der Erlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz vom 12. Juni 2017 für den Tierschutzverein Gardelegen/Klötze e. V. Rechtskraft erlangt.

Derzeit liegt dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Altmarkkreises Salzwedel kein Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz zum Betreiben eines Tierheimes in Gardelegen vor.

**4. Wenn ja, wie ist der genaue Wortlaut?**

Das Schreiben des Altmarkkreises Salzwedel vom 29. August 2017 - Widerruf der Erlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz vom 12. Juni 2017 - ist als Anlage 2 beigelegt.

**5. Gibt es neue Bewerber für eine Tierheim Einrichtung der Stadt Gardelegen?**

Es gibt Interessenten. Allerdings liegt bisher kein Antrag auf Betreibung einer Tierheim Einrichtung für die gegenständliche Einrichtung vor.

**6. Wenn ja, zu welchen Konditionen wird dies ausgeschrieben?**

Die Betreibung des Tierheimes wurde nicht ausgeschrieben. Die Interessenten haben sich aufgrund der Berichterstattung in der Presse an die Hansestadt Gardelegen gewandt.

**7. Wer übernimmt zurzeit die Fundtiere der Stadt Gardelegen und zu welchen Konditionen?**

Derzeit hat die Hansestadt Gardelegen zur Aufgabenerfüllung einen Vertrag mit dem Tierheim Satuelle. Informationen zu Konditionen erfolgen nicht, da die Kalkulationsgrundlage des Vertragspartners nicht mitgeteilt werden kann.

**8. Gibt es eine Stellungnahme des zuständigen Landrates? Wenn ja, wie lautet diese?**

Im beiliegenden Presseartikel vom 12. Januar 2018 (Anlage 3) hat sich der Dezernatsleiter und Leiter des Ordnungsamtes im Altmarkkreis Salzwedel, Herr Hans Thiele, gegenüber der Volksstimme geäußert. Die Äußerungen sind im Vorfeld mit dem Landrat des Altmarkkreises Salzwedel abgestimmt.

## Anlage 1

### Altmarkkreis Salzwedel

<b>Einheitsgemeinde/ Verbandsgemeinde</b>	<b>Frage 1</b>	<b>Frage 2</b>
Stadt Arendsee (Altmark)	Die Stadt Arendsee (Altmark) bezuschusst das Tierheim Salzwedel mit einem Pauschalbetrag i. H. v. 7.400,00 €/ Jahr.	Die Bezuschussung ist vertraglich geregelt.
Verbandsgemeinde Beetzendorf- Diesdorf	Die Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf zahlt eine jährliche Pauschale i. H. v. 2.000,00 € an das Tierheim Ahlum.	Grundlage ist eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Verbandsgemeinde und dem Allgemeinen Tierhilfsdienst e. V. Tierheim und Gnadenhof Ahlum.
Hansestadt Gardelegen	Zu den jährlichen Zuschüssen erfolgte keine Angabe. Es wurde lediglich darauf verwiesen, dass die Stadt das Gelände des Tierheims dessen Betreiber kostenlos zur Verfügung gestellt wird.	Die Leistungserbringung durch Dritte wird per Vertrag geregelt.
Stadt Kalbe (Milde)	Es erfolgt keine Bezuschussung von Tierheimen.	Die Wahrnehmung der Aufgabenerfüllung wird vertraglich geregelt.
Stadt Klötze	Die Stadt Klötze zahlt dem Allgemeinen Tierhilfsdienst e. V. Tierheim und Gnadenhof Ahlum jährlich einen Pauschalbetrag i. H. v. 400,00 €.	Die Zahlung erfolgt auf Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung über die Unterbringung und Betreuung von Fundtieren.
Hansestadt Salzwedel	Die Hansestadt Salzwedel bezuschusst den Tierschutzverein Salzwedel e. V. zur Betreuung des Tierheims Salzwedel mit 56.200,00 €/ Jahr.	Die Bezuschussung ist vertraglich geregelt.

## Landkreis Stendal

Einheitsgemeinde/ Verbandsgemeinde	Frage 1	Frage 2
Hansestadt Havelberg	Entsprechend dem Vertrag mit dem Altmärkischen Tierschutzverein Kreis Stendal e.V. zahlt die Hansestadt Havelberg je Einwohner 1,93 €/ Jahr.	Vertragliche Regelung
Hansestadt Osterburg	Die Stadt Osterburg zahlt im Jahr 1,93 €/ Einwohner (2018: 19.757,41 €) an den Altmärkischen Tierschutzverein Kreis Stendal e. V.	Vertragliche Regelung
Hansestadt Stendal	Die Hansestadt Stendal zahlt im Jahr 1,93 €/ Einwohner (2017: 79.089,47 €). Außerdem erfolgt noch die Bezuschussung für gefährliche Hunde nach § 3 Abs. 3 GefHuG 6,46 € pro Tag und Tier.	Gemäß § 4 des Vertrages zwischen Tierschutzverein und der Stadt Stendal aus dem Jahr 2015: <i>vertraglich mit dem Altmärkischen Tierschutzverein Kreis Stendal e. V., welcher das Tierheim "Edith Vogel" Stendal-Borstel betreibt, verbunden</i>
Stadt Bismark (Altmark)	Keine Auskunft	Keine Auskunft
Stadt Tangerhütte	Die Stadt Tangerhütte zahlt jährlich 1,93 €/ Einwohner an den Altmärkischen Tierschutzverein e. V. Stendal.	Vertragliche Grundlage aus 2015: <i>vertraglich mit dem Altmärkischen Tierschutzverein Kreis Stendal e. V., welcher das Tierheim "Edith Vogel" Stendal-Borstel betreibt, verbunden</i>
Stadt Tangermünde	Die Stadt Tangermünde zahlt 20.500 €/ Jahr	Es besteht ein Vertrag mit dem Tierschutzverein, der das Tierheim betreibt.
VerbGem Elbe-Havel-Land	Die VerbGem Elbe-Havel-Land zahlt jährlich 1,93 €/ Einwohner (2017: 17.099,80 €). Für 2018 bis 2020 wurde zudem ein Zuschuss für die Errichtung beheizbarer Tierunterkünfte vereinbart (jährlich 6.250 €).	Vertrag aus dem Jahr 2015: <i>vertraglich mit dem Altmärkischen Tierschutzverein Kreis Stendal e. V., welcher das Tierheim "Edith Vogel" Stendal-Borstel betreibt, verbunden</i>
VerbGem Arneburg-Goldbeck	Die VerbGem Arneburg-Goldbeck zahlt jährlich 1,93 €/ Einwohner (2017: 17.385,51 €). Für die Aufnahme gefährlicher Hunde wurden pro Tag und Tier 6,46 € vereinbart.	Vertrag aus dem Jahr 2015: <i>vertraglich mit dem Altmärkischen Tierschutzverein Kreis Stendal e. V., welcher das Tierheim "Edith Vogel" Stendal-Borstel betreibt, verbunden</i>
VerbGem Seehausen (Altmark)	Die Verbandsgemeinde Seehausen kooperiert mit der Tierauffangstation Wittenberge (Brandenburg). Vertragspartner ist die Stadt Wittenberge. Die Kosten belaufen sich auf 10.000,00 €/ Jahr.	Die Vertragsinhalte wurden frei verhandelt.

Anlage 2



# Altmarkkreis Salzwedel

## Der Landrat



DIE ALTMARK  
GRÜNE WIESE  
MIT ZUKUNFT

Postanschrift: Altmarkkreis Salzwedel, PSF 24, 29401 Salzwedel  
Postzustellungsurkunde

Tierschutzverein Gardelegen/ Klötze e.V.  
vertreten durch den Vorstand  
Bismarcker Str. 79  
39638 Gardelegen

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:  
Mein Zeichen: 39.5.11.5\_206SAW\_20170825\_JH\_RH  
Meine Nachricht vom:  
Bearbeiter/in:  
Dienstort: Karl-Marx-Str.32, 29410 Salzwedel  
Amt: Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt  
Zimmer: 447  
Telefon: 03901 840 447  
Telefax: 03901 840 878  
E-Mail-Adresse: vetamt@altmarkkreis-salzwedel.de  
Datum: 29. August 2017

### Tierschutzrecht

Hier: Widerruf der Erlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz vom 12.06.2017

Sehr geehrte Damen und Herren Vorstände,

aufgrund der tierschutzrechtlichen Kontrolle am 04.07.2017 ergeht folgender Bescheid:

1. Mit der Bekanntgabe des Bescheides wird die Erlaubnis gemäß § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz vom 12.06.2017 widerrufen.
2. Die Schließung der Betriebs- und Geschäftsräume bis zum 08.09.2017 wird angeordnet. Damit einhergehend ist der Tierbestand bis zum 31.10.2017 aufzulösen und der Nachweis über den Verbleib der Tiere dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt schriftlich vorzulegen.
3. Für den Fall, dass Sie dem Anordnungspunkt 2 zuwiderhandeln, drohe ich Ihnen ein Zwangsgeld in Höhe von 10.000,- € an.
4. Für die Anordnungen unter Nr. 1 bis 2 wird die sofortige Vollziehung angeordnet.
5. Sie tragen die Kosten des Verfahrens.

Sitz des Landkreises:  
Karl-Marx-Straße 32, 29410 Salzwedel  
Tel. 03901 840-0 / Fax 03901 840-208  
Bankverbindung: Sparkasse Altmark West  
Internet: www.altmarkkreis-salzwedel.de

Außenstelle Gardelegen:  
Philipp-Müller-Straße 18, 39638 Gardelegen  
Tel. 03901 840-0 / Fax 03901 840-911  
IBAN: DE41 8105 5555 3000 0000 37 BIC: NOLADE21SAW

Außenstelle Klötze:  
Straße der Jugend 6, 38486 Klötze  
Tel. 03901 840-0 / Fax 03901 840-699

Sprechzeiten	allgemein	Sozialamt	Kfz-Zulassung
Mo, Di, Do, Fr	8.30 – 11.30	Di, Do 8.30 – 11.30	Mo, Di, Do, Fr 8.30 – 11.30
Di	13.00 – 18.00	Di 13.00 – 17.30	Di 13.00 – 17.00
Do	13.00 – 15.30	Do 13.00 – 15.00	Mo, Do 13.00 – 15.00

Begründung:

I.

Sachverhalt:

Am 20.03.2017 beantragte der Tierschutzverein Gardelegen/ Klötze e.V. die Verlängerung der Erlaubnis gem. § 11 Tierschutzgesetz zum Betreiben des Tierheims Gardelegen. Die erforderlichen Unterlagen wurden vollständig eingereicht, sodass einer Verlängerung nichts entgegen stand. Somit wurde die Erlaubnis am 12.06.2017 antragsgemäß verlängert.

Im Rahmen des Antragsverfahrens gab [REDACTED], verantwortliche Person und Tierheimleiterin, [REDACTED], Mitglied des Tierschutzvereins Gardelegen/ Klötze e.V., wohnhaft in [REDACTED], als eine sogenannte Pflegestelle des Tierheims Gardelegen an. Nachdem die Erlaubnis zum Betreiben des Tierheims Gardelegen verlängert wurde, sind mir Transportpapiere (TRACES-Atteste) zur Kenntnis gelangt, auf denen unter dem Namen [REDACTED] mit der Anschrift des Tierheims Gardelegen seit September 2016 insgesamt 16 Hunde aus Ungarn nach Deutschland verbracht wurden. Der Tierschutzverein Gardelegen/ Klötze e.V. besitzt jedoch keine Erlaubnis für das Verbringen von Hunden ins Inland.

Aufgrund dessen fand am 04.07.2017 eine Dokumentenkontrolle im Tierheim Gardelegen statt. Dabei wurde folgendes festgestellt:

In den Bestandsbüchern des Tierheims Gardelegen waren 7 Hunde als Abgabekläre vermerkt, deren Transpondernummern mit den unter [REDACTED] Namen importierten Hunden übereinstimmten. Die Hunde waren mit Ausnahme eines Tieres jeweils 1 bis 3 Tage nach dem auf dem Attest angegebenen Datum im Tierheim abgegeben worden. Als abgebende Personen waren diverse Dritte benannt. Keine dieser Personen hatte den Abgabevertrag unterschrieben. Alle Verträge waren lediglich von [REDACTED] Vorstandsvorsitzender des Tierschutzvereins Gardelegen/ Klötze e.V., unterzeichnet worden. Auch war die übliche Abgabegebühr von keinem der benannten dritten Personen für die abgegebenen Hunde entrichtet worden.

Die Tierheimleiterin [REDACTED] und ihre Stellvertreterin [REDACTED] gaben an, dass ihnen dieses Vorgehen nicht aufgefallen sei.

[REDACTED] und [REDACTED] wurde daraufhin im Rahmen einer Anhörung die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben. In dieser bestätigten beide unabhängig voneinander übereinstimmend, von den Vorfällen nichts gewusst zu haben. Zudem gaben beide [REDACTED] als ihren Chef und Vorgesetzten an, dessen Handeln sie weder in Frage stellen, noch überprüfen würden. Zudem wurden im Tierheim Gardelegen in der Vergangenheit wiederholt mehr als die in den Nebenbestimmungen der Erlaubnis gemäß §11 TierSchG angegebene Höchstzahl von 30 Katzen gehalten (13.12.2016 31 Katzen, 09.05.2017 37 Katzen).

Auf eine Anhörung des Vorstandes konnte verzichtet werden, da die hauptamtlichen Mitarbeiter [REDACTED] und [REDACTED] die Vorwürfe übereinstimmend bestätigt haben und die Hundeimporte

zweifelsfrei nachgewiesen sind. Damit ist die erforderliche Zuverlässigkeit der verantwortlichen Personen nicht mehr gegeben.

## II.

### Rechtliche Würdigung:

Nach § 15 Absatz 1 Tierschutzgesetz (TierSchG) i. V. m. § 10 Nr. 2 der Verordnung über die Zuständigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr (ZustVO SOG) in der zur Zeit geltenden Fassung ist der Landkreis zuständig für die Aufgaben des Tierschutzes.

Außerdem trifft der Landkreis als zuständige Behörde die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und die zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen. Die zuständige Behörde kann insbesondere im Einzelfall die zur Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG erforderlichen Maßnahmen anordnen (§ 16a S. 1 und S. 2 Nr. 1 TierSchG).

Gem. § 49 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) darf ein rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft nur widerrufen werden, wenn die Behörde auf Grund nachträglich eingetretener Tatsachen berechtigt wäre, den Verwaltungsakt nicht zu erlassen, und wenn ohne den Widerruf das öffentliche Interesse gefährdet würde.

### Zu Pkt. 1 und 2 Widerruf der Erlaubnis gemäß § 11 TierSchG; Betriebsschließung

Zum Zeitpunkt der Prüfung des Antrages des Tierschutzvereins Gardelegen/ Klötze e.V. auf Verlängerung der Erlaubnis gem. § 11 Tierschutzgesetz zum Betreiben des Tierheims Gardelegen hatte [REDACTED] (Vorstandsvorsitzender des Tierschutzvereins Gardelegen/ Klötze e.V.) in Zusammenarbeit mit [REDACTED] (Mitglied des o.g. Tierschutzvereins) bereits nachweislich 7 Hunde aus Ungarn nach Deutschland ins Tierheim Gardelegen verbracht und anschließend weiter vermittelt. Diese Tatsache hat die Tierheimleiterin [REDACTED] während des Antragsverfahrens vermutlich aus eigener Unwissenheit nicht angegeben. Ihnen als Vorstand des Tierschutzvereins hätte bewusst sein müssen, dass Sie für die Tätigkeit des Verbringens von Hunden aus dem Ausland ins Inland eine Erlaubnis benötigen.

[REDACTED] als Vorstandsvorsitzender des Tierschutzvereins hat jedoch den Import von Hunden aus Ungarn und deren Aufnahme im Tierheim Gardelegen gegenüber der Behörde und vermutlich auch gegenüber der Tierheimleiterin [REDACTED] und ihrer Stellvertreterin [REDACTED] vorsätzlich verschwiegen. Die Angaben im Bestandsbuch des Tierheims entsprechen nicht der Wahrheit. Die tatsächliche Herkunft der Hunde, nämlich Ungarn, wurde nicht dokumentiert. Stattdessen gab [REDACTED] im Bestandsbuch an, dass diese „Auslandshunde“ von angeblichen Dritten abgegeben



worden wären. Die übliche Abgabegebühr wurde von diesen jedoch nicht gezahlt. Diese Angaben im Bestandsbuch dienten offensichtlich der Verschleierung der erlaubnispflichtigen Einfuhr von Hunden aus dem Ausland.

Gemäß § 11 Absatz 1 Nr. 5 TierSchG bedarf, wer Wirbeltiere, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland verbringen oder einführen will oder die Abgabe solcher Tiere, die in das Inland verbracht oder eingeführt werden sollen oder worden sind, gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung vermitteln will, der Erlaubnis der zuständigen Behörde.

Mit dem Inkrafttreten des § 11 Abs. 1 Nr. 5 TierSchG zum 01.08.2014 wird der „Auslandstierschutz“ somit grundsätzlich erlaubnispflichtig, unabhängig davon, ob die Hunde aus dem Ausland in Deutschland zunächst in einem Tierheim, einer tierheimähnlichen Einrichtung, einer Pflegestelle oder unmittelbar beim neuen Hundehalter untergebracht werden:

Wer Fund- oder Abgabehunde aus dem In- oder Ausland zur weiteren Vermittlung in Deutschland aufnimmt und pflegt (Halten von Hunden, in einem Tierheim oder einer ähnlichen Einrichtung), bedarf gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 3 des TierSchG einer Erlaubnis der zuständigen Veterinärbehörde.

Die selbständige Weitervermittlung der Hunde gegen Entgelt oder sonstige Gegenleistung an Dritte fällt wiederum unter die Erlaubnispflicht nach § 11 Abs. 1 Nr. 5 TierSchG. Für beide Tätigkeiten ist ein schriftlicher Antrag bei dem vor Ort zuständigen Veterinäramt zu stellen.

Durch die Erlaubnispflicht soll sichergestellt werden, dass Personen und Organisationen, die Hunde aus dem Ausland einführen, die nötige Sachkunde aufweisen. Zur Sachkunde in Bezug auf den „Auslandstierschutz“ gehört es, sich mit der geltenden Rechtslage insbesondere bezüglich des tierschutzgerechten Transportes, der Kennzeichnung und Registrierung (EU-Heimtierausweise, Kennzeichnung mit Transponder) von Hunden sowie den tierseuchenrechtlichen Voraussetzungen auszukennen.

Dabei geht es auch darum, die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Damit gehören Kenntnisse zu Impfungen, infektiösen Krankheiten, Parasiten und Mittelmeerkrankheiten wie Leishmaniose ebenfalls dazu. Die Einschleppung ansteckender Krankheiten wie Staupe und Parvovirose durch ungenügend (oder gar nicht) immunisierte Hunde aus Ländern, in denen diese Erkrankungen weit verbreitet sind, stellt für die Tierheimhunde in Deutschland eine Gefährdung dar.

Eine Erlaubnis für die Einfuhr, Aufnahme und Weitervermittlung von Hunden aus dem Ausland liegt in Ihrem Fall jedoch nicht vor.

Das vorsätzliche Verschweigen der Tätigkeit des Importierens von Hunden aus dem Ausland und die vorsätzlich vorgenommenen Falschangaben im Bestandsbuch des Tierheims durch Herrn Gewasda und [REDACTED] dienen der Verschleierung dieser erlaubnispflichtigen Tätigkeit. Somit bestehen erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit des Vorstandsvorsitzenden des Tierschutzvereins Gardelegen/ Klötze, [REDACTED]

[REDACTED] als Tierheimleiterin und [REDACTED] als deren Stellvertreterin sind die verantwortlichen Personen gemäß der Erlaubnis gem. § 11 TSchG zum Betreiben des Tierheims Gardelegen. Sie müssen sowohl rechtlich als auch tatsächlich in der Lage sein, all das, was sie im Umgang mit den Tieren und zu deren Schutz für erforderlich halten, betriebsintern durchzusetzen. Andernfalls ist die Erlaubnis zu widerrufen (vgl. VG Würzburg Ur. V. 25.10.2012, W 5 K 11.590). Die übereinstimmenden Äußerungen von [REDACTED] und [REDACTED] in der Anhörung bezüglich der Handlungsweise ihres Vorgesetzten [REDACTED] lassen zweifelsfrei darauf schließen, dass [REDACTED] jedoch keineswegs in der Lage sind, sich betriebsintern gegen [REDACTED] durchzusetzen. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass den genannten Personen zusätzlich zur Zuverlässigkeit auch die notwendige Sachkunde zum Betreiben eines Tierheims fehlt.

Gemäß § 49 (2) Nr. 3. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) darf ein rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn die Behörde auf Grund nachträglich eingetretener Tatsachen berechtigt wäre, den Verwaltungsakt nicht zu erlassen, und wenn ohne den Widerruf das öffentliche Interesse gefährdet würde.

Die o.g. Tatsachen wurden erst nach Verlängerung der Erlaubnis zum Betreiben des Tierheims Gardelegen bekannt. Es bestehen nunmehr erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der verantwortlichen Personen [REDACTED] und [REDACTED], sowie des Vorstandsvorsitzenden [REDACTED]. Somit widerrufe ich die Erlaubnis gem. § 11 (1) Nr. 3 Tierschutzgesetz zum Betreiben des Tierheims Gardelegen.

Gemäß § 11 Absatz 1 Nr. 3 TierSchG bedarf, wer Tiere in einem Tierheim halten will, der Erlaubnis der zuständigen Behörde.

Gem. § 11 Absatz 5 Satz 1 TierSchG darf mit der Ausübung der Tätigkeit nach Absatz 1 Satz 1 erst nach Erteilung der Erlaubnis begonnen werden. Gem. § 11 Absatz 5 Satz 6 TierSchG ist demjenigen die Tätigkeit zu untersagen, der die Erlaubnis nicht hat.

Demzufolge untersage ich Ihnen das Führen des Tierheims Gardelegen, da Sie nicht im Besitz einer gültigen Erlaubnis sind.

Gem. § 11 Absatz 7 TierSchG kann die Ausübung der nach Absatz 5 Satz 6 untersagten Tätigkeit von der zuständigen Behörde auch durch Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume verhindert werden.

Um zu gewährleisten, dass die untersagte Tätigkeit, hier das Betreiben des Tierheims Gardelegen, nicht mehr ausgeübt wird, ordne ich Ihnen an, bis zum 31.10.2017 den Tierbestand aufzulösen und die Betriebs- und Geschäftsräume des Tierheims Gardelegen zu schließen. Ein schriftlicher Nachweis über die Unterbringung der Tiere ist mir ebenfalls bis zum 31.10.2017 vorzulegen.

Diese Maßnahme ist erforderlich, weil kein geringeres Mittel erkennbar ist, um den Tierschutzanforderungen gerecht zu werden. Insbesondere um zu verhindern, dass Sie weiterhin ein Tierheim betreiben ohne im Besitz einer Erlaubnis nach § 11 Absatz 1 Nr. 3 TierSchG der zuständigen Behörde zu sein.

Die Anordnung ist auch angemessen, da dem Tierschutz und damit dem Wohlbefinden der Tiere ein höheres Gewicht zugesprochen wird als Ihrem Interesse auf Beibehaltung des ungenehmigten Betriebes eines Tierheimes.

#### Zu Pkt. 3. Zwangsmittelandrohung

Gemäß § 53 Abs. 1 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) kann ein sicherheitsbehördlicher Verwaltungsakt, der auf die Vornahme einer Handlung, Duldung oder Unterlassung gerichtet ist, mit Zwangsmitteln gem. Punkt 3 der Anordnung durchgesetzt werden, wenn er unanfechtbar ist oder ein Rechtsbehelf keine aufschiebende Wirkung hat. Ein solcher Verwaltungsakt besteht in Form des vorliegenden Bescheides.

Die anwendbaren Zwangsmittel sind in § 54 SOG LSA abschließend aufgezählt.

Von diesen habe ich das Zwangsgeld (§ 56 SOG LSA) für den Verfügungspunkt 2 des vorliegenden Bescheides ausgewählt. Diese Zwangsmittel sind erforderlich, geeignet und angemessen, um das angestrebte Ziel, die nachhaltige Beseitigung der Verstöße im Tierschutzbereich zu erreichen und die Umsetzung der Festlegungen des vorliegenden Bescheides im Zweifelsfall zu erzwingen.

Gemäß § 59 Absatz 1 SOG LSA sind Zwangsmittel vorher anzudrohen. Die Androhung soll gemäß Absatz 2 mit dem verwaltungsbehördlichen Verwaltungsakt verbunden werden, wenn ein Rechtsbehelf gegen diesen keine aufschiebende Wirkung hat, welches im vorliegenden Fall durch die angeordnete sofortige Vollziehung gegeben ist.

#### Zu Pkt. 4. Sofortige Vollziehung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung erfolgt auf Grundlage von § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) im öffentlichen Interesse.

Zur Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung wird Bezug genommen auf die bisherige rechtliche Begründung des Bescheides und auf die im Sachverhalt dargelegten rechtswidrigen Handlungen. Insbesondere überwiegt das öffentliche Interesse an der Einhaltung behördlich ausgesprochener Verbote, hier: Untersagung des Betreibens eines Tierheims gegenüber dem Privatinteresse auf Betreiben eines Tierheims ohne eine hierfür gültige Erlaubnis sowie dem illegalen Import von Hunden ins Inland. Es kann nicht weiter hingenommen werden, dass Sie ohne eine Erlaubnis diese Tätigkeiten weiterhin ausüben. Diese Tätigkeit unterliegt der besonderen Überwachung der Behörde. Für diese Tätigkeiten müssen besondere fachliche Kenntnisse und auch räumliche Voraussetzungen vorhanden sein. Die Einfuhr von Hunden aus dem Ausland birgt hohe Risiken, insbesondere auch bezüglich der Einschleppung von Infektionserregern, die die hier heimischen Tiere erheblichen Gesundheitsgefahren aussetzt. Deshalb ist eine Erlaubnis unumgänglich. Der Tierschutz und die tierische Gesundheit sind ein Gut, dass es besonders zu schützen gilt. Demzufolge kann nicht bis zu einer evtl. Gerichtsentscheidung abgewartet werden und diese Tätigkeit ohne Erlaubnis weiterhin betrieben werden. An der sofortigen Vollziehung besteht somit das besondere öffentliche Interesse.

#### Zu Pkt. 5. Kostenentscheidung

Für die v. g. Amtshandlungen haben Sie Anlass gegeben und damit die Kosten zu tragen. Die Kosten werden entsprechend der §§ 1 – 14 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG) vom 27.06.1991 (GVBl. LSA S. 866) gesondert festgesetzt.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann Innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Altmarkkreis Salzwedel, Karl-Marx-Straße 32, 29410 Salzwedel, eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Hinweis zur Anordnung der sofortigen Vollziehung:

Der Widerspruch hat nach § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der VwGO in den Fällen keine aufschiebende Wirkung, in denen die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten besonders angeordnet wird. Auf Antrag kann das Verwaltungsgericht Magdeburg, Breite Straße 203-206, 39104 Magdeburg, gemäß § 80 Abs. 5 VwGO die aufschiebende Wirkung des Widerspruches wieder herstellen.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

  
Dezernent

# Tierheim: „Im Moment alles bei Null“

## Tierschutzverein zieht Klage und Widerspruch zurück / Derzeit liegt kein Betreiberantrag vor

Der Gardeleger Tierschutzverein hat die Klage gegen den Landkreis und auch den Widerspruch gegen die Schließungsanordnung zurückgezogen. Derzeit liegt dem Kreis auch kein weiterer Antrag auf den Betrieb eines Tierheimes vor.

auch noch weitere Personen involviert“, betont Dezernent Hans Thiele gestern im Gespräch mit der Volksstimme, „wir befinden uns immer noch im Rahmen der Ermittlungen.“ Und mehr könne der Landkreis derzeit auch nicht tun. Denn derzeit liege von keiner Seite aus ein Antrag auf den Betrieb eines Tierheimes vor.

**„Auch alle Personen im Hintergrund müssen zuverlässig sein.“**

Dezernent Hans Thiele

Von Gesine Biermann  
Gardelegen • Gardeleger Bürger, die ein freilaufendes Tier finden, müssen sich derzeit ans städtische Ordnungsamt wenden. Die Stadt selbst bringt alle Fundtiere dann in das Tierheim nach Satulle. Seit fünf Monaten hat die Stadt kein arbeitsfähiges Tierheim mehr. Ende August entzog der Landkreis dem Gardeleger Tierschutzverein die Betriebslaubnis. Der Vorwurf: Vereinschef Kurt Gewasda wurde der illegale Handel mit ausländischen Hunden nachgewiesen. „Es sind aber

Das könne theoretisch auch jeder machen, betont Thiele.

„Wir prüfen dann, ob der Antragsteller nachweislich Ahnung hat“, das heißt, eine entsprechende Sachkundeprüfung muss vorliegen. Der Antragsteller müsse zudem nachweisen können, dass er finanziell in der Lage ist, eine solche Einrichtung zu führen. „Und es müssen auch alle Personen

im Hintergrund zuverlässig sein.“ Und hier liegt offenbar der Knackpunkt. Denn das Vertrauen des Landkreises in den Verein selbst scheint nachhaltig gestört.

**„Ich wäre froh, wenn der Verein noch eine Chance bekommt.“**

Carsten Koch, Vizevorsitzender des Tierschutzvereines Gardelegen

Mittlerweile habe es zwar nach der Rücknahme von Klage und Widerspruch ein Gespräch zwischen Kreis und Tierschutzverein gegeben. Das bestätigten gestern sowohl Hans Thiele als auch Vereinsvorsitzende Carmen Koch.

Auch nach diesem Gespräch ist aber weiterhin offen, ob der Gardeleger Tierschutzverein wieder einen neuen Antrag stellen wird.

„Grundsätzlich möchten wir das Tierheim weiter betreiben“,

betont Carmen Koch gestern gegenüber der Volksstimme. Die Magdeburgerin hatte als bisherige zweite Vorsitzende kurzfristig den Vereinsvorsitz übernommen, nachdem die erst im September gewählte erste Vorsitzende, Stefanie Koch, überraschend zurückgetreten war. Eine Tatsache, die wohl auch bezeichnend für die derzeit angespannte Situation im Verein ist.

„Ich wäre froh, wenn der Verein noch eine Chance bekommt“, hofft Carmen Koch. Ein Neuanfang scheine allerdings nur mit Hilfe von außen möglich: „Wir sind einfach darauf angewiesen, dass uns jetzt Menschen unterstützen.“

Wer sich vorstellen könne, dem Verein Hilfe anzubieten, sei es mit Sachkunde oder mit der Bereitschaft, ehrenamtlich mitzuarbeiten, könne vielleicht dazu beitragen, dass das Tierheim in Gardelegen erhalten bleibt, so Koch. „Im Moment ist alles noch in der Schwebe.“

Anlage 3